

Börsen-Zeitung

Abendausgabe . 20 Pfennig.

74. Jahrgang

Dienstag, 11. September 1928

Die Räumungskonferenz tagt!

Die Maske fällt.

Zur Lage.

Die Räumungsbesprechungen. — Brand und die Sozialdemokratie. — Das Poincaré-Interview vom 4. Mai.

In einem französischen Blatt ist heute zu lesen, die Aufregung über Brand's Rede werde ein paar Tage anhalten und dann werde alles wieder seinen normalen Gang gehen. Wohlige Stimmen hört man aus Paris und Genf noch für die deutschen Unterhändler ein Wort zu sprechen. Man scheint dort in gewissen Kreisen zu hoffen, daß Deutschland Brand's Forderung einsehen und in Kompromißfreudiger Stimmung die Verhandlungen über die Rheinlandebräunung führen werde. Demgegenüber können wir nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß die deutschen Vertreter Brand's Rede nicht als eine gescheiterte, als irgendwelchen persönlichen Entschleunigung entlassen, also entsetzliche Enttäuschung betrauten. Was die sachliche Seite der Rheinlandsbesprechungen anbetrifft, die heute offiziell und in cumulo beginnen, so ist wiederholt festzustellen, daß im Einklang mit der Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius auf dem Bankierkongress die deutsche Regierung prinzipiell jede Verbindung zwischen dem Reparationsstadium und der Rheinlandebräunung ablehnt. Auch die Erklärung, daß Deutschland zu Separationsbesprechungen an sich nicht bereit ist, möchten wir unter keinen Umständen dahin gedeutet sehen, daß noch nach für die deutschen Unterhändler ein Wort zu sprechen die von Frankreich gewünschte und von England neuerdings unterstützte Verzögerung zwischen Separationen und Rheinlandebräunung geöffnet wird. Wir hoffen, daß der deutsche Reichsminister sich von niemandem in den nächsten Tagen von dieser Linie abbringen lassen wird.

Reichsminister Herrmann Müller hat — dieses Zeugnis kann man ihm nicht verweigern — in Genf die Rede gehalten, die wir hier in dieser Zeitschrift abgedruckt haben. Die Rede über das Abwehrsystem war offen, deutlich und, soweit es an dieser Stelle überhaupt möglich war, ohne Kompromisse. Wir möchten meinen, daß Herr Müller, der in seiner Partei ja immer zu den Gemäßigten und Einsichtigeren gehört hat, in diesen Tagen noch mehr, als vor ein paar Wochen während der Panzerkreuzerkrise, sich der Spitzfälligkeit der Stellung eines sozialdemokratischen Parteiführers, wenn er Regierungsmitglied wurde, bewußt geworden ist. Schon in der Panzerkreuzerkrise haben er und seine sozialdemokratischen Parteiführer erfahren müssen, wie schwer es ist, die Verantwortung zu tragen und dementsprechend handeln zu müssen, nachdem man vorher verantwortungslos agiert hat. Diese Erkenntnis muß den sozialdemokratischen Ministern angelehrt der Genfer Ereignisse noch gewonnen sein. Sie werden sich erinnern müssen, daß dieses von dem, was Herr Brand gefordert gegen die deutsche Reichsregierung und gegen den Geist der deutschen Wehrfähigkeit vorzuziehen, aus dem Arsenal stammt, dessen sich die deutsche Linke, voran die Sozialdemokratie, in der Opposition, im Wahlkampf, in ihrer mühenreichen Arbeit den nicht vorhandenen „deutschen Militarismus“ bediente. Oft genug haben wir ja in den letzten Jahren den Nachweis erbringen müssen, wie die falschen Argumente, mit denen die deutsche Linke gegen Genfer und seine Arbeit hegte, ihren Weg direkt in die französischen Presse und in die Pariser Ministerkabinetle fanden. Man braucht nur auf die Panzerkreuzerkrise zu erinnern, die, wie sie zu war, Wasser auf die Mühlen der — gestern in Genf so laut zu Wort gekommenen — Poincaré-Entscheidung in Frankreich war. Im hundertfachen Maßstab auf den Geist zu bringen, hat die deutsche Linke bei der Reichswehrkrise und ganz besonders bei der Panzerkreuzerkrise den Feind Deutschlands willfährig Material zu Verfügung gestellt. Die deutsche Linke darf sich am allerwenigsten wundern, wenn Herr Brand sich hinsetzt und, obwohl er selbst von der Sachlage dieses Materials überzeugt ist, jetzt davon Gebrauch gegen Deutschland macht.

Nach an eine andere Woge des Wahlkampfes dürfen Herr Müller und seine Parteigänger gefiern unanfertigen sein. Zu Beginn seiner Rede wandte sich Herr französische Außenminister direkt an den deutschen Reichs-

Genf, 11. September.

Zu Anknüpfung an die bisherigen Einzelbesprechungen des Reichsministers mit den Hauptdelegierten Frankreichs, Englands, Italiens und Belgiens zur Klärung der Räumungsfrage ist die angekündigte gemeinsame Besprechung endgültig auf heute nachmittag 5 Uhr am Sitz der englischen Delegation festgesetzt worden. Deutscherseits nehmen Reichsminister Müller und Staatssekretär von Schuberer daran teil.

Brand fährt auf zwei Tage nach Paris. Paris, 11. September.

Brand wird, wie der in Genf weilende Außenminister des „Reichs“ anknüpfend, Freitag und Samstag in Paris sein, wo er an dem Ministerkongress teilnehmen wird. Sonntag wird er wieder nach Genf zurückkehren und in der kommenden Woche können dann Besprechungen fortgesetzt werden, die die Verhandlungen über die Rheinlandsbräunung vorbereiten werden.

Cushendun sucht eine „neue Grundlage“ für das Flottenabkommen.

Eine Erklärung vor dem Völkerbund. — Der internationalistische Völkerbund gegen die Bildung eines fünftägigen Völkerbundeskommissionen.

In der heutigen Vollversammlung des Völkerbundes sprach als erster Redner der internationalistische Völkerbund in Paris, über die Völkerbundesfrage. Auf Grund welcher internationaler Verträge und auf Grund welcher Rechte, so fragt er, beabsichtigt sich der Völkerbund mit der Völkerbundesfrage zu befassen, welche die Völkerbundeskommission durch die Völkerbundesverträge festgelegt und durch den Völkerbund nur gebildet werden sei. Der Völkerbund sei also nur ausstehendes Organ gewesen. Eine solche Zustimmung für die Schaffung einer Völkerbundeskommission erziele nicht in den „Völkerbundesverträgen. Man müsse prüfen, ob es praktisch und nützlich sei, eine solche Kommission zu schaffen.

Es sei wahr, daß die Völkerbundesverträge nach den Verträgen das Recht hätten, nicht unterdrückt zu werden; aber dieses Recht könne nicht dazu benutzt werden, um Linien zu

schaffen und den Frieden zu gefährden. Der Völkerbund könne nicht für einen Teil der dem Völkerbund angefallenen Rechte besondere Rechte schaffen. Wenn eine solche Kommission geschaffen würde, müßte sie für alle Mitglieder des Völkerbundes Geltung haben.

Gegen die internationalistische Ausdehnung des Völkerbundes.

Wandte sich im weiteren Verlauf der Sitzung der Vertreter Südafrikas, Smith. Man solle von einer internationalistischen Ausdehnung dieser Kommission absehen, denn die Kommissionen hätten bis jetzt unter modernem Völkerrecht nicht ferner getrennt, man solle sie in dieser glücklichen Unwissenheit lassen. Am übrigen steht der internationalistische Völkerbund in London in Stellung, daß nur eine Gruppe über sein Einverständnis, wenn er auch einen sehr wertvollen Schritt zu dem großen Völkerbund gemacht hätte, das auch der Völkerbund zum Ziel habe. Zu Beginn auf die Völkerbundesfrage warnte er vor einem überflüssigen Vorstoß.

Hierauf erwidert

der englische Hauptdelegierte Lord Cushendun

das Wort und sprach lebhaft über die Abrüstungsfrage. Nachdem er die Schwierigkeiten der Abrüstung überhaupt und die Schwierigkeiten bei den Arbeiten der vorbereitenden Völkerbundeskommission ausführlich erläutert hatte, sagte er hinzu, daß einzelne Staaten in der Völkerbundeskommission schon einige Schritte vorwärts gekommen seien. Die englische Regierung habe den ersten Schritt, nicht nur den Artikel 8 dem Völkerbund, sondern dem Völkerbund noch zu erfüllen, und in dem Sinne würde die englische Regierung weiter fortfahren. Er wüßte sehr wohl die tiefe Enttäuschung der Völkerbundesmitglieder über die geringen Fortschritte in den Abrüstungsarbeiten, aber er müsse sagen, daß der Völkerbund nicht ganz die großen Schwierigkeiten bewältigt habe, die zu überwinden wären. Das englisch-französische Flottenabkommen sei nur ein vorläufiges Abkommen. Wenn dieses Abkommen durch die anderen Staaten nicht angenommen würde, so sei man

genötigt, eine neue Grundlage zu suchen, um dieses englisch-französische Abkommen abzumachen.

Er glaube, daß dieses Abkommen bewirkt werden müsse, aber man solle in dem Abkommen nicht etwas ändern, was nicht darin enthalten sei. Geheimnis zu sein, es sei in diesem Abkommen nicht. Der Völkerbund sei ein Mittel, das die internationale Abrüstung beziele. Die volle Frucht dieses Abkommens würde erst die nächste Generation ernten. Diese würde es befehlen, daß ein Krieg kein Verbot für Unternehmungen sei, sondern ein unheiliges Geschäft, und daß jede Rüstung ein Anzeichen für die Abrüstung sei. Das Jahr 1928 sei eine neue Etappe auf dem Wege zur Abrüstung.

(Siehe auch Seite 3).

langler und sage mit deutlichem Hinweis auf Müllers Abrüstungsrede, in Genf sei nicht die Internationale einer Partei, sondern die Internationale der Nationen und Völker an der Arbeit. Mit dieser Billigen, aber sehr realpolitischen Bestimmung wandte sich Herr Brand an den Sozialdemokraten Müller. Der Vertreter der französischen Regierung stellte dem deutschen Reichsminister anheim, zu bedenken, daß Frankreich es weit von sich weise, irgendwie auf sozialdemokratische Gehaltsentzüge einzugehen oder Rücksicht zu nehmen. Es liegt nahe, in einem solchen Augenblick die Rolle zu erörtern, die die Regierung Poincaré nach der wenigen Monaten der deutschen Sozialdemokratie gegenüber spielte: als nämlich Poincaré und Brand ein Interesse daran hatten, an der Spitze der deutschen Regierung einen Sozialdemokraten zu setzen. Am Freitag, 4. Mai, zwei Wochen vor den Wahlen zum Deutschen Reichstag, erschien in großer Aufmachung auf der ersten Seite des „Reichsboten“, des Zentralorganes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, ein Artikel des Auslandskorrespondenten der Zeitung, Herr Viktor Schiff. Der Artikel war auf Grund einer Unterredung mit Poincaré geschrieben. Der „Reichsboten“ fortsetzte sich zunächst, daß die „Reichsboten“ in der Verhängungspolitik hat mitbeeinflusst wurde durch die Rechtsprechung in Deutschland. Nun, in der ganzen deutschen Presse, auch im „Reichsboten“, kam man heute lesen, daß Poincaré's Rede eine Enttäuschung sei. Herr Viktor Schiff schreibt heute seinen Worte aus Genf wieder: „Diese Rede bedeutet einen Rückschlag in der auswärtigen Politik nicht nur Deutschlands und Frankreichs, sondern ganz Europas.“ Der deutsche Sozialdemokrat, Herr Adolf den 20. Mai als große Zinsschwankung in Deutschland gefeiert! Darauf ist denn der gestrige Rückschlag nun zurückzuführen? Nach der Lage vom 4. Mai also auf die Zinsschwankung? Dann liegt es in

jenem „Reichsboten“-Artikel vom 4. Mai, nur eine deutsche Finanzregierung, auf die die Sozialdemokratie einen einseitigen Einfluss ausübt, werde, dem Ausland und besonders dem französischen Volke das notwendige Vertrauen in den Friedenswillen des deutschen Volkes aufbringen.“ Es liegt in jenem „Reichsboten“-Artikel weiter: „Wünscht Poincaré auf die Fortschritte der deutsch-französischen Entspannung, wünscht er sogar die deutsch-französische Annäherung.“ Schiff bejahte diese Frage. Das Fortschreiten dieser Entspannung hänge „zum großen Teil von uns selbst ab.“ Er glaube an eine „Verständigungspolitik“ zwischen einer deutschen Finanzregierung und einer französischen Regierung unter Poincaré, und hier möchte ich hinzufügen: ich sage nicht: sogar unter Poincaré, sondern ausdrücklich: vor allem unter Poincaré.“

Solches verübenden Herr Poincaré und die deutsche Sozialdemokratie dem er kaum auffordern deutschen Wählerpublikum. Niemand hat damals daran gemerkt, daß es sich hier um den sozialdemokratischen Versuch handelte, Poincaré als Wahlhelfer zu gewinnen. Wir haben nie geglaubt, daß die deutschen Sozialdemokraten aufrecht von der Verhängungspolitik Poincaré einer deutschen Finanzregierung gegenüber überzeugt gewesen wären. Wir haben das Poincaré-Interview sofort als ein vollständig berechtigtes angesehen. Schöner noch als wir es damals prophezeit haben, hat Frankreich, nachdem das Poincaré-Interview seine Wirkung in deutschen Wählerpublikum getan hatte, die Maske fallen lassen. Herr Brand und sein Chef stießen nicht nur auf Varnano, sie stießen auch darauf, daß ein deutscher Sozialdemokrat an der Spitze der deutschen Regierung steht. Sie machten sich jetzt lustig über die, die damals bei Poincaré anstießen, um sich die Hilfe des schlimmsten Feindes Deutschlands im Wahlkampf gegen die eigenen Volksgenossen zu erziehen. De. Jäger.

Die Maske fällt.

Brand, der Friedensgaulter.

Englische Berichterstatter, welche die Rede Brand's mitzugeschrieben haben, schreiben, daß der französische Außenminister mit einer erschöpflichen Erregung und besonders notwendigen Gefühlsäußerungen gesprochen habe. Wie es in Genf heißt, habe er auch gewissen Worten des Reichsministers Müller den Vorwurf der Unaufrichtigkeit zugesprochen und sich darüber schmerzlich geäußert. Sollte das stimmen, so hätte man es eben mit der Reaktion eines sehr feindseligen Gemüts zu tun, die bei diesem Franzosen in seiner langen politischen Karriere früher durch eine besondere Rücksicht niemals hat aufkommen können und jetzt doch wohl als Anzeichen beginnender Gemütsstimmungen werden muß.

Wagmeizn — und ungehaltenen sicherlich auch in Frankreich — hat man das Gefühl, daß Brand zum mindesten in der Form stark aus der Rolle gefallen ist und nur die psychologischen Erklärungen für diesen Umfall geben auseinander. Sehr wahrscheinlich haben sich innerpolitische Motive und Jodels stark misgefallen. Welche Brand ist, trotz seiner vorgerückten Jahre der großen Gewandtheit an der politischen Bühne und in der vorerwähnten Linie des öffentlichen Interesses zu haben, durchaus noch nicht müde, und es ist daher sehr wohl möglich, daß er sich der immer noch schamlos überhöhten französischen Massen als formender Ministerpräsident und überhaupt „als harter Mann“ empfehlen wollte.

Aber auch eine andere Erklärung gibt es, die mit den letzten Besprechungen seines englischen Kollegen Cushman mit Baldwin in Big Ben und mit der Reise bezwecken neuer englisch-französischer Entente zusammenhängen würde. Man kommt, daß die Haltung Amerikas in der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit gerade für Brand eine Enttäuschung gewesen ist, was ihm von Poincaré, der vorübergehend vielleicht dem Völkerbundes Optimismus Worte, hat, jetzt gewonnen worden und ein Desamparats für dessen politische Notwendigkeit gewesen sein dürfte.

In dieser feindseligen Disposition hat Brand dann also noch in der englischen Rede den Vorwurf der eigenen Unaufrichtigkeit zugesprochen, was ihm vielleicht gerade aus dem Grunde eines sozialistischen Rückers peinlich treffen konnte, da Kräfte hier ja selbst einmal als Sozialist in der Rommer gefeiert hat, um dann als Truppeloffizier Gefährlicher und ausdauerlicher Opportunist Worte, Taten und Überzeugungen immer nur als Mittel zum Zweck anzusehen. Im besondern ist seit dem neuen Welt mit London aber auch die Kooperationspolitik von dem Gefühl dieses französischen Vernehmlichkeitsministers und Schiedsrichters gefallenen, was ihm sicherlich noch nicht ganz gleichgültig sein kann. In der Geschichte wird dieser Mann vielleicht als „Anfang des Friedens“ weiterleben, der dann in einschließenden Augenblicke klug, feige und ungeheuerlich vor den Gegenpartnern der französischen Volkes kapituliert und die von ihm so oft pathetisch gefeierte Friedensbegeisterung jählich verliert.

In der englischen Rede kommt in der Mehrheit ein doch wohl aufrechtig mitgeteiltes Erlassen zum Ausdruck, das vor allem dem trafen herausfordernden Tone Brand's gegen Deutschland und dem deutschen Vertreter gilt. Dieser haben aber die englischen Wähler doch nicht den Mut gefunden, offen einzugehen, wie sehr die letzte englische Politik an dieser Welterhellung des Friedensgebanten selbst mit schuld ist. Zwar treten sie auch heute noch für ein Entgegenkommen in der Räumung ein, erklären aber, daß England sich nicht allein in diese Frage einmischen könne.

Auf diese englische Politik, sich die Hände in Unschuld zu waschen, muß noch stärker aufgewungen werden. Vielleicht wird sie besonders in Washington einigen, wenn auch nicht einen sehr erwiderten Einbruch machen. Dr. H.

Im Gegensatz zu den vorerwähnten ausländischen Berichterstattern: wie in Berliner politischen Kreisen aus-

VII. Allgemeiner Deutscher Ventierstag. Die Berichte über den Verlauf des Bankierkongress befinden sich im Handels- teil der vorliegenden Ausgabe.